Nr. 97

DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

12. Mai 2017
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotzkistisch)

Die Arbeiterklasse muss ihre eigenen Interessen vertreten!

SPD und Grüne: Auf die „Gerechtigkeit“ verzichten wir

„Wir stehen für soziale Gerechtigkeit“, behauptet Hannelore Kraft. Wie die aussieht, haben wir gesehen. Seit 7 Jahren regieren SPD und Grüne in NRW. Sie haben so viele Schulen geschlossen wie noch nie, während woanders die Klassen überfüllt sind. In den Kitas fehlen so viele Erzieherinnen, dass teilweise nur zwei von ihnen krank werden müssen – und schon muss die ganze Kita schließen.

SPD und Grüne haben weiter Krankenhäuser und Bahnlinien privatisiert oder geschlossen. Und sie haben die Kommunen zu noch mehr Sparplänen gezwungen, was unseren Alltag erschwert – von den ausfallenden Bussen und Bahnen bis zum gestrichenen Sport- und Schwimmangebot.

Keine Frage: Für „soziale Gerechtigkeit“ werden wir Arbeitenden selber sorgen müssen.

CDU und FDP: Der Sparwahn wird weitergehen

Die SPD-/Grünen-Regierung in NRW hat schon mehr als genug gespart und privatisiert. Doch CDU und FDP werfen der Landesregierung „Verschwendung“ vor, weil sie noch „zu viel“ für die öffentlichen und sozialen Dienste ausgebe. Sogar trotz steigender Steuereinnahmen wollen CDU und FDP noch mehr bei allem Nützlichen sparen, um den Banken jedes Jahr brav die Raten für die Schulden zu zahlen – für Schulden, die zum Teil vor Jahrzehnten gemacht wurden oder um 2008 die spekulierenden Banken zu retten, und an denen sich die Banken seitdem dumm und dämlich verdienen.

Ja, den reichen Banken Jahr für Jahr das Geld in den Rachen zu werfen, das ist für sie normal und selbstverständlich.

Aber mehr Geld für Kitas oder Krankenhäuser ist für sie „Verschwendung“!

Eines von vielen geschlossenen Schwimmbädern, eine Folge der Sparpolitik in NRW

AfD: Erklärter Gegner der arbeitenden Klasse

Die AfD hat ihre zwei Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl aufgestellt: Alexander Gauland, ein langjähriger hauptamtlicher CDU-Politiker. Und Alice Weidel, die ihre Karriere bei der berüchtigten US-Bank Goldman Sachs begonnen hat, dann im Vorstand von Allianz Global Investors war und heute als Unternehmensberaterin Firmen erklärt, wie diese noch mehr Arbeiter einsparen können. Eindeutig die passenden Kandidaten, um das arbeiterfeindliche Programm der AfD zu vertreten.

Türkei: Kein wirklicher Sieg für Erdogan

Erdogan hat sein Referendum am 16. April nur knapp gewonnen, mit 51%. Trotz der tausenden Verhaftungen, der Jagd auf kritische Journalisten, trotz der Angriffe auf Wahlveranstaltungen der Gegner Erdogans, trotz all dieser Einschüchterungen und obwohl 95% der türkischen Medien Erdogan unterstützten, hat die Hälfte der Menschen mit NEIN gegen die Verfassungsänderung gestimmt, die Erdogan noch mehr Macht verleiht.

Und selbst die knappe Mehrheit für die Verfassungsänderung kam nur zustande, weil 2,5 Millionen Stimmzettel mitgezählt wurden, die eigentlich ungültig waren, da sie keinen Stempel hatten. Zufälligerweise waren alle diese Stimmzettel ein „Ja“. Ohne diese 2,5 Millionen Wahlzettel hätte nicht das JA, sondern das NEIN mit einer Millionen Stimmen gesiegt.

Dieser Wahlausgang hat gezeigt, dass Erdogan längst nicht mehr so viel Unterstützung hat wie noch vor ein paar Jahren. Umso härter geht er seitdem vor, um seine Macht zu sichern: Wieder wurden 4.000 Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes entlassen, 200 Demonstranten wurden am 1.Mai verhaftet. Erdogan hat den Zugang zu Wikipedia sperren lassen, weil es ihm zu kritisch scheint. Und er unternimmt erste Schritte zur Wiedereinführung der Todesstrafe. Gleichzeitig bemüht er sich, mit Ansprachen und provokanten Äußerungen seine Beliebtheit zurückzugewinnen.

Doch angesichts der immer schlechter werdenden wirtschaftlichen Lage, der explodierenden Arbeitslosigkeit, der hohen Inflation, des einbrechenden Tourismus ist gar nicht sicher, dass ihm dies gelingen wird.

Echte Freunde

Merkels Staatsbesuch in Saudi-Arabien, dieser mittelalterlichen Diktatur mit ihrer unbeschreiblichen Unterdrückung der Frauen, war ein voller Erfolg... zumindest für die Konzernchefs, die sie begleiteten. Siemens, Lufthansa und der Deutschen Bahn kamen mit Aufträgen in mehrstelliger Millionenhöhe zurück. Und alle lobten die langjährige gute Partnerschaft beider Staaten. Die deutsche Regierung will die Freundschaft mit dieser Diktatur gleich noch weiter vertiefen. Zukünftig sollen saudi-arabische Militärs von der Bundeswehr ausgebildet werden: Damit die saudi-arabischen Soldaten zukünftig noch besser mit den von Deutschland gelieferten Waffen umgehen und Zivilisten im Jemen und in Syrien ermorden können.

Le Pen: Todfeindin der Arbeiter – Macron: nur für die Kapitalisten eine Lösung

Fast 34% der Stimmen hat die rechtsextreme Kandidatin Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich erhalten, gegen 66% für ihren Gegenkandidaten Macron. Damit hat sie die Wahl zwar eindeutig verloren. Doch die rechtsextreme Front National hat so viele Stimmen erhalten wie noch nie – über 10 Millionen. Und das ist eine bedrohliche Entwicklung, für uns alle!

Le Pen wirbt für nationalistische Abschottung. Sie ruft „Frankreich zuerst" und schürt ein Gefühl von Gegnerschaft zwischen Menschen verschiedener Länder. Und sie schiebt den Migranten die Schuld für alle Probleme in die Schuhe – genau wie Trump oder die AfD.
Mit dieser Politik lösen diese Rechtspopulisten keins unserer täglichen Probleme. Doch sie vergiften unseren Alltag und schwächen uns, weil sie einen Keil zwischen uns Arbeiter verschiedener Herkunft treiben wollen… während die Herrschenden alle Arbeiter seelenruhig weiter angreifen. Allein schon deshalb greift ihre Politik, die einen Teil der Arbeiter angreift, letztlich alle Arbeiter an.

Wieso aber hat Le Pen so viele Stimmen bekommen? Zum einen, weil sie eine Zeit lang Vieles versprochen hat: die Rente mit 60, die Rücknahme der Verschlechterungen beim Kündigungsschutz... Natürlich hatte diese Demagogin nicht vor, irgendwas davon einzuhalten. Auch sie ist eine Dienerin des großen Kapitals.

Doch viele Menschen haben genug von den herrschenden Parteien, vor allem von der konservativen und der sozialdemokratische Partei, die sich seit Jahrzehnten an der Regierung abgewechselt und das Leben der arbeitenden Bevölkerung verschlechtert haben. Le Pen hat ihnen gesagt: „Alle anderen großen Parteien habt ihr ausprobiert, sie haben euch bitter enttäuscht. Also wählt mich, mich habt ihr noch nicht ausprobiert."

Le Pen hat wie Trump so getan, als wäre sie eine Gegnerin der politischen Eliten. In Wahrheit sind die Rechtspopulistischen ein letzter Rettungsanker für die kapitalistische Klasse. Dank ihnen können sie ihr politisches System aufrecht halten, wenn sich alle anderen bürgerlichen Parteien abgenutzt haben.

Die konservative und die sozialdemokratische Partei mit ihren ständigen Angriffen auf die Arbeiter tragen die Hauptverantwortung dafür, dass Le Pen so stark geworden ist. Doch auch die Gewerkschaften und nicht zuletzt die kommunistische Partei in Frankreich haben dazu beigetragen.

Die Kommunistische Partei war lange Zeit die stärkste Partei in Frankreich. Sie hatte 30% der Stimmen und sah sich als „natürliche" Vertreterin der Arbeiter. Doch seit Jahrzehnten hat sie aufgehört, für die Solidarität und den Zusammenhalt aller Arbeiter einzutreten. Sie redet nicht mehr von den Interessen der Arbeiter, sondern von den Interessen des Volkes und des „Standortes Frankreich". Sie hat die rote Fahne der Arbeiterbewegung durch die Nationalfahne ersetzt, redet von Protektionismus und nationaler Abschottung.
Sie hat vielen Arbeitern eingeprägt, dass sie bloß zu wählen brauchen – um den Rest würde sie sich kümmern. All das hat zu der Entwicklung beigetragen, an deren Ende die nationalistische Millionärin Le Pen, diese Feindin der Arbeiter, sich bei einigen als Sprachrohr des kleinen Mannes ausgeben konnte.

Der neue Präsident Macron seinerseits hat bereits bewiesen, dass er ein Gegner der Arbeiter ist und ist dort entsprechend verhasst. Viele haben sich zu Recht geweigert, sich zwischen ihm und Le Pen zu entscheiden. Ein Rekord von über 25% ist gar nicht wählen gegangen. Weitere 12% haben ungültig gewählt. Diesem erklärten Feind der Arbeiter wollten viele nicht ihre Stimme geben.

Von 2014 bis 2016 war Macron Wirtschaftsminister unter Präsident Hollande. In diesen zwei kurzen Jahren hat er die Sonntagsarbeit in großem Stil eingeführt. Er hat ein "Arbeitsgesetz" inspiriert, das das Wenige zerstört, was im Arbeitsrecht die Arbeitenden geschützt hat. Das unter anderem den Kündigungsschutz verringert und den Firmen monatelang Arbeitstage von 12 Stunden erlaubt.
Er war in der Regierung, die Polizei und Wasserwerfer einsetzte gegen die hunderttausenden Arbeiter, die vor einem Jahr über Monate gegen eben dieses Gesetz protestierten.

Und schon im Wahlkampf hat Macron angekündigt, dass er genau so weiter machen will. Er will den Kündigungsschutz quasi abschaffen, die Arbeitszeiten verlängern, französische Hartz-Reformen durchsetzen und 120.000 Stellen im Öffentlichen Dienst vernichten. Das alles – wie er erklärt – notfalls auch gegen das Parlament, mit Hilfe von Notverordnungen des Präsidenten.

Die Politiker in Deutschland feiern Macron und sprechen von einem Sieg Europas. Doch wir können keineswegs beruhigt sein. Erstens, weil er sofort die Arbeiter angreifen wird. Und dann, weil seine Politik dadurch den Ekel vor den herrschenden Politikern nur verstärken kann – was die Rechtsextremen weiter zu stärken droht.

Eine ähnliche Entwicklung erleben wir, wenn auch unterschiedlich schnell, in vielen Ländern Europas. Die wirtschaftliche Krise, in der die Kapitalisten uns zum Erhalt ihrer Profite immer stärker auspressen müssen, führt zu einer politischen Krise. Zu hoffen, durch Wahlen könne man verhindern, dass die Rechten stärker werden, ist wie darauf zu hoffen, dass notorische Brandstifter das Feuer löschen würden.

Keine Regierung wird die materiellen und politischen Gefahren, die auf uns lasten, beseitigen. Wir Arbeiter werden selber dafür kämpfen müssen. Dafür ist es lebenswichtig, dass in der Arbeiterklasse wieder ein Bewusstsein dafür entsteht, dass es nur einen Weg gibt, sich der Verschärfung der Ausbeutung und dem Verfall des gesellschaftlichen Lebens entgegenzustellen: Wenn wir Arbeiter wieder bewusst den Kampf der Arbeiterbewegung gegen den Kapitalismus aufnehmen, mit dem letztlichen Ziel, der Macht der kapitalistischen Klasse ein Ende zu setzen.

Also, auch in Deutschland: Beschränken wir uns nicht darauf nachzudenken, wo wir unser Kreuz machen. Nutzen wir die Zeit des Wahlkampfs, um zu diskutieren, was für eine Politik wir Arbeitenden brauchen und wie wir selber wieder anfangen können, für sie einzutreten.

Rechtsradikaler Terror bei der Bundeswehr: Das Ergebnis eines ganzen Systems

Es ist schon pervers genug, dass sich ein rechtsradikaler Offizier als Flüchtling registrieren lässt und jeden Monat 266 Euro Unterstützung vom Staat kassiert, um dann einen Terroranschlag zu verüben und ihn den Flüchtlingen in die Schuhe zu schieben. Doch mittlerweile ist klar: Dieser rechtsradikale Offizier in der Bundeswehr und Möchtegern-Terrorist ist kein Einzeltäter. In seiner Kaserne gibt es eine rechtsradikale Terrorzelle, die eine Serie von Anschlägen auf Politiker geplant hatte – auf Politiker, die sich für die Aufnahme der Flüchtlinge eingesetzt hatten.

Die rechtsradikalen Soldaten wollten erreichen, was all die Hetzpropaganda von CSU und AfD bislang nicht geschafft hat: Sie wollten mit ihren blutigen Anschlägen dafür sorgen, dass Flüchtlinge mit Terroristen gleichgesetzt werden und eine Stimmung aus Hass und Angst gegenüber allen Flüchtlingen entsteht.

Nach und nach wurde bekannt, dass die Offiziere der Terrorzelle alles andere als unbeschriebene Blätter sind. Bereits während ihres Studiums bei der Bundeswehr fielen sie wegen rechtsradikaler Schriften auf. Offen feierten sie mit anderen Soldaten in der Kaserne die Heldentaten der Wehrmacht in der Nazizeit. 2012 streuten Soldaten ein vier Meter großes Hakenkreuz auf dem Kasernengelände.
Keiner der hohen Vorgesetzten meldete diese Vorgänge. Und eigentlich ist das nicht verwunderlich. Denn rechte Ideen und positive Bezüge auf die Nazizeit hat es in der Bundeswehr schon immer mehr gegeben als sonst in der Gesellschaft.

Wie der gesamte Staatsapparat in der BRD – von den hohen Richtern und Polizisten bis zu den Bundespräsidenten – ist auch die Bundeswehr in bedeutendem Maße von ehemaligen Nationalsozialisten aufgebaut und geleitet worden. Von Anfang an stand die Bundeswehr außerdem in der direkten Tradition der Wehrmacht. Bis heute sind Kasernen nach Generälen aus dem Zweiten Weltkrieg benannt.

Die lebendige Erinnerung an die Zeit des Zweiten Weltkriegs, in der die Rechtsradikalen stark waren und andere beherrschten, ebenso die Werte der Bundeswehr wie Disziplin, Gehorsam, Hierarchie und die bedingungslose Verteidigung eines sogenannten „Vaterlandes", haben Rechtsradikale schon immer angezogen. Wo mehrere von ihnen in einer Kaserne zusammen kommen, machen sie nicht selten Soldaten, die nicht in ihr Soldatenbild passen, das Leben zur Hölle.

Oft werden diese rechtsextremen Offiziere und Soldaten von ihren hohen Vorgesetzten gedeckt – genau wie bei denen, die jetzt verhaftet wurden. Während die Soldaten, die kritisch die Bundeswehr und die Wehrmacht hinterfragen, es meist nicht einfach haben. Und das hat einen tieferen Grund.

Die herrschende Klasse will eine Armee, deren Soldaten gehorchen und Befehle ausführen, egal was sie von dem Staat halten, dem sie gehorchen müssen. Bis heute gilt es daher in der Bundeswehr als soldatische Tugend, wenn man den Befehlen der Nazi-Regierung gehorcht hat. Die Soldaten hingegen, die im Zweiten Weltkrieg den Befehl verweigerten, die desertierten oder zu den Alliierten überliefen, gehören nicht zu den Vorbildern bei der Bundeswehr.

Denn die Armee ist nicht dazu da, die Menschen oder gar die Demokratie zu schützen – sondern die Interessen der herrschenden Klasse mit Gewalt durchzusetzen. Heute ist das nicht anders. Und deshalb soll ein Soldat gar nicht darüber nachdenken, ob er eine Familie samt Kindern im Irak vielleicht deshalb in die Luft sprengen soll, weil die Ölkonzerne sich für die Ölquellen in dem Land interessieren. Oder ob er mit den einfachen Soldaten und Zivilisten, die er erschießen soll, vielleicht mehr gemein hat als mit seinen Regierungschefs und Unternehmern, deren Krieg er führt.

Die Soldaten sind vielfach Söhne und Töchter aus der arbeitenden Klasse. Doch sie sollen mit Gewalt eine Politik durchsetzen, die meistens den Interessen ihrer eigenen Klasse völlig entgegensteht. Oft genug in der Geschichte wurde die Armee auch in Deutschland oder den USA sogar eingesetzt, um Streiks von Arbeitern im eigenen Land niederzuschlagen.

Rechtsextreme Offiziere und Soldaten jedoch werden gerade deshalb – wegen ihres Hasses auf die Arbeiterbewegung, ihrer Verachtung der Menschen anderer Länder, ihrer Kriegsträumen und ihres Hierarchie-Denkens – von manchen Generälen für gute Soldaten gehalten… und auch bei ihren Aktivitäten gedeckt.

Griechenland: Die Gläubiger haben nie genug

Die EU und der Internationale Währungsfonds (IWF) haben Griechenland ein weiteres Sparprogramm aufgezwungen, als Gegenleistung für eine kleine Senkung der Raten.
Jeder Zweite verdient in Griechenland jetzt schon weniger als 800 Euro. Bislang waren sie mit ihren Niedriglöhnen wenigstens von der Einkommenssteuer befreit. Zukünftig aber sollen alle, die zwischen 475 und 800 Euro im Monat verdienen, auch noch Einkommenssteuer bezahlen – und damit noch weniger verdienen! Außerdem werden die Renten noch einmal um 9% gesenkt.
Diese Politik hat bereits Millionen Griechen in die Armut gestürzt. Doch für die Herrschenden hat Priorität, dass der griechische Staat jeden Cent dazu benutzt, um Monat für Monat seine 6% Zinsen an die Banken zu bezahlen – selbst wenn dadurch noch mehr griechische Arbeiter und Rentner nicht einmal mehr genug Geld für Miete oder Heizung haben.

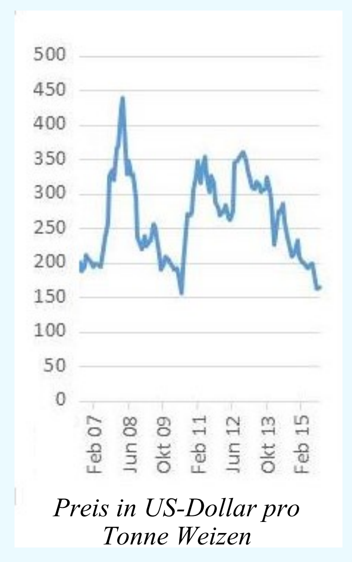


IWF und EU haben dem griechischen Staat auch auferlegt, den Kündigungsschutz noch weiter zu lockern, die Öffnung aller Geschäfte am Sonntag zu erlauben und noch mehr zu privatisieren. All das hat eigentlich nichts mit den Schulden zu tun. Doch IWF und EU – diese Agenturen der großen Konzerne und Banken – nutzen die Schulden als Erpressungsmittel, um den internationalen Konzernen weitere Möglichkeiten zu eröffnen, die Arbeiter in Griechenland auszubeuten und Profit zu machen.

Am 17. Mai rufen die Gewerkschaften alle griechischen Arbeiter und Rentner dazu auf, zu streiken und zu demonstrieren. Das ist der einzige Weg, der die EU und den IWF dazu bringen kann, ihren Druck auf die griechische Bevölkerung zu verringern.

Wie ein kapitalistischer Anschlag

Der Attentäter, der die BVB-Spieler mit einer Bombe schwer verletzten wollte, hat ihr Leben aufs Spiel gesetzt. Und warum? Um an der Börse auf die sinkenden Aktien des Vereins zu spekulieren und daran zu verdienen!
Schaut man genau hin, unterscheidet sich das, was dieser Attentäter mit den Methoden eines Kleinkriminellen versucht hat, nicht viel von dem, was die großen Spekulanten täglich an der Börse machen.



Preis in US-Dollar pro Tonne Weizen

Die machen sich nicht selber die Hände schmutzig, sie legen keine Bomben. Sie spekulieren „nur" ganze Währungen oder Staaten in den Bankrott – wohlwissend, dass sie damit Massenarbeitslosigkeit und Verelendung erreichen. Sie spekulieren „nur" die Weizenpreise in die Höhe, um abzukassieren – wohlwissend, dass sie damit sofort in Afrika und Asien Hunderttausende in den Hungertod treiben.
Ja, der BVB-Attentäter hat versucht, mit Sprengstoff das zu erreichen, was seine Vorbilder, die großen Kapitalisten, per Knopfdruck am Computer erledigen.

Unternehmer dürfen Diktatoren sein?

Trump hat den Chef des FBI einfach und plötzlich gefeuert, weil dieser unbequeme Nachfragen gestellt hat. Zahlreiche deutsche Politiker haben daraufhin erklärt: „Trump ist hier nicht in seiner Firma, wo er als Chef entscheiden kann, was er will. Er muss lernen, dass man einen Staat nicht regieren kann wie ein Unternehmen."
All diese Politiker haben damit vor allem eins eingestanden: Dass in den Unternehmen keinerlei Demokratie herrscht, sondern reinste Diktatur der Bosse. Und das finden sie völlig normal.

Tarifverträge... zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen?

Die IG Metall hat zugestimmt, dass die Bosse der Metall- und Elektroindustrie einen Arbeiter künftig 48 Monate (vier Jahre) lang als Leiharbeiter im gleichen Betrieb ausbeuten dürfen. Eigentlich dürfen sie dies nach dem neuen Leiharbeitsgesetz nur noch 18 Monate lang – außer eben, die Gewerkschaft stimmt in einem Tarifvertrag längeren Zeiträumen zu.
Die IG Metall-Führung hat noch die Frechheit zu behaupten, dies nutze zwar den Unternehmern, aber es schaffe auch „mehr Sicherheit" für die Leiharbeiter. Mehr Sicherheit? Als Leiharbeiter kann man jeden Tag entlassen werden, man arbeitet jeden Tag unter unsicheren Zukunftsbedingungen – ganz gleich, ob man 48 oder 18 Monate lang im gleichen Betrieb eingesetzt werden darf.

Doch der Abschluss der IG Metall macht deutlich, worum es SPD-Arbeitsministerin Nahles bei diesem Leiharbeitsgesetz ging. Viele Unternehmen haben keine Tarifverträge mehr. Sie sind nur an das Arbeitsgesetz gebunden. Nahles wollte den Unternehmern Anreize geben, wieder Tarifverträge abzuschließen: Und zwar dadurch, dass diese noch schlechter sein dürfen als die eigentlichen „Mindeststandards" im Gesetz.
Diese Regelung ist ein Geschenk an die Unternehmer: Durch die Hintertür des Tarifvertrags können sie so noch schlechtere Bedingungen einführen. Nicht nur bei Leiharbeitern: Nahles plant, solche Ausnahme-Regelungen künftig in vielen Arbeitsgesetzen zu ermöglichen – angefangen bei den Arbeitszeiten.

Wieso aber stimmt die Gewerkschaft dieser Regelung zu? Diese Regelung sichert vielen hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären ihre Position. Denn sobald es einen Tarifvertrag gibt, haben sie quasi von Amts wegen eine wichtige Funktion für den Betrieb – ohne dass sie sich dafür Mühe geben müssten, Arbeiter zu überzeugen und für ihre Interessen einzutreten.

In der wirtschaftlichen Krise haben viele Gewerkschaften Betriebe und Mitglieder verloren. Es ist verlockend für deren Funktionäre, über diesen Weg an Einfluss zurückzugewinnen.
Doch dieser Weg bedeutet: Sie erkaufen ihren Einfluss damit, dass sie gezielt selbst das Wenige, was die Arbeitenden im Arbeitsgesetz schützt, über Bord werfen. Wenn sie diesen Weg tatsächlich im größeren Maße einschlagen, wäre dies ein weiterer Schritt auf dem Weg der Gewerkschaften, sich Stück für Stück in die Richtung von Hilfsorganisationen der Unternehmer zu entwickeln.

Der Postbote bringt 2,6 Milliarden

Die Deutsche Post hat 2,6 Milliarden Euro Gewinn gemacht, eine Milliarde mehr als im Jahr zuvor. Den Hauptteil davon hat sie im Paket-Geschäft gemacht.
Erst 2015 hatte die Deutsche Post tausende Paketzusteller in eine Tochterfirma ausgelagert, wo sie ihnen 20% weniger Lohn zahlt. Darüber hinaus vergibt sie Aufträge an Subfirmen, die ihre Arbeiter nicht für eine bestimmte Arbeitszeit, sondern „pro Paket" bezahlen. Die Paket-Zusteller, darunter viele Einwanderer aus Bulgarien und Rumänien, verdienen oft nur 4-6 Euro die Stunde.

Die Konzernchefs der Post behaupten, das alles wäre nötig, damit die Post gegenüber anderen Paketdiensten „konkurrenzfähig" bleibe. Doch „konkurrenzfähig bleiben" ist für die Bosse nur ein anderes Wort für „auf Kosten der Arbeiter die Gewinne erhöhen".
Die Milliardengewinne der Post sprechen für sich. Und sie bekräftigen auch, wie Recht die 16.000 Post-Arbeiter hatten, die 2015 mehrere Wochen gegen Auslagerung und Lohndumping gestreikt haben.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -
Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de **Telefon:** 0157 – 76493485
www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org
Das Rote Tuch kann man auch abonnieren: für 13 € pro Jahr!